

# Kein Paradies für Beamte

Es ist alles weniger schlimm als befürchtet: Kaum ein Land hat so wenige Staatsangestellte wie die Schweiz. Nur jeder siebte Erwerbstätige arbeitet beim Staat. Die wenigsten sind beim Bund angestellt. Die meisten arbeiten bei den Kantonen.

VON JÜRIG WEGELIN (TEXT) UND  
 CHRISTOPHE VORLET (ILLUSTRATION)

**W**elcher Tag ist der arbeitsintensivste für einen Beamten? Die Antwort: der Montag, da muss er gleich zwei Kalenderblätter abreißen. Solche Beamtenwitze haben in Bern immer noch Hochkonjunktur, obwohl es den Bundesbeamten gar nicht mehr gibt. Denn vor drei Jahren wurden die Anstellungsbedingungen des Bundespersonals den in der freien Wirtschaft geltenden Gebräuchen etwas angepasst. So riskieren heute auch Bundesangestellte, entlassen zu werden. Am schlechten Image der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes hat sich deshalb aber nicht viel geändert. Als Bundesrat Christoph Blocher kurz nach seinem Amtsantritt die Bundesverwaltung abschätzig als «geschützte Werkstatt» bezeichnete, wurde er mit dieser Bemerkung nur einmal mehr dem Rumoren der Volksseele gerecht. Tatsächlich gibt es in vielen Departementen weiterhin viel Leerlauf. Auch gibt es Ämter, wie das Bundesamt für Wohnungswesen, die überflüssig sind. Doch die immer noch weit verbreitete

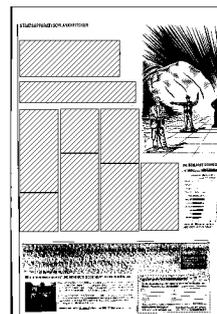
Meinung, der Apparat der Bundesverwaltung werde von Jahr zu Jahr weiter aufgebläht, ist falsch.

“ Was tut ein Beamter, der in der Nase bohrt? Er holt das Letzte aus sich heraus. ”

Gerade auf der Ebene des Bundes ist alles nur halb so schlimm, wie es auf den ersten Blick den Anschein macht. Dies zeigt die neuste Untersuchung des Hochschulinstituts für öffentliche Verwaltung, IDHEAP. Die Autoren der Lausanner Studie widerlegen eine ganze Reihe von Vorurteilen, auf denen Populisten ihr Süppchen kochen.

- Erstens: Auch wenn noch viel Rationalisierungspotenzial in unserem Verwaltungsapparat steckt, ist dieser keineswegs eine wild wuchernde Pflanze. Der Personalbestand hat sich auf Bundesebene im Gegenteil seit 1990 auf 80 000 Beschäftigte halbiert. «Deshalb ist es falsch, die Personalaufwendungen für die stark gestiegenen Ausgaben des Bundes verantwortlich zu machen», sagt Christophe Koller, Mitautor der Studie.

- Zweitens: Nur jeder siebte der rund 530 000 Beschäftigten im öffentlichen Dienst arbeitet beim Bund. Je rund



200 000 sind bei den Kantonen und Gemeinden angestellt. Wer einen noch schlankeren Staat will, muss deshalb in erster Linie bei den Gliedstaaten das Beil ansetzen.

● **Drittens:** In der Schweiz gibt es viel weniger Bürokratie als im Ausland. Der Anteil der öffentlichen Angestellten an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen ist bei uns mit 15 Prozent sehr tief (siehe Grafik). Nur in Japan, in Südkorea, und in Griechenland ist der öffentliche Dienst noch kleiner dimensioniert. Selbst die USA weisen noch einen grösseren staatlichen Sektor auf als die Schweiz. Präsident Bush hat zum Beispiel den Bildungssektor nicht ab-, sondern vielmehr ausgebaut.

Die Schweiz kommt somit dem liberalen Idealbild des schlanken Staates recht nah. Dass jeder siebte Erwerbstätige im öffentlichen Sektor arbeitet, findet der SVP-Nationalrat Caspar Baader trotzdem «wahnsinnig, denn diese Leute tragen nichts zur Wirtschaftsleistung bei». Lange Zeit wurde der staatliche Sektor tatsächlich immer weiter ausgebaut. Zwischen 1950 und 1990 hat sich die Zahl dieser Angestellten mit 600 000 Personen nahezu verdreifacht. Besonders die Kantone legten kräftig zu.

Bei der Bundesverwaltung fiel dann aber der Sparhammer auf das Personal. Der Bund hat sich inzwischen einer ganzen Reihe von Aufgaben entledigt, teils durch Privatisierungen (Swisscom), teils durch das Abschieben von Kompetenzen auf die Kantone. «Bern» hat somit weniger Einfluss auf die Wirtschaft als noch vor zehn Jahren.

“ **Warum haben viele Beamte eine Brille? Damit sie sich beim Einschlafen nicht in die Augen stechen.** ”

Zwar versucht der Wirtschaftsverband Economiesuisse an Hand der anstei-

genden Staatsquote das Gegenteil zu beweisen. Doch das ist ein Fehlschluss. Denn nach Ansicht des Neuenburger Ökonomen Claude Jeanrenaud ist der Beschäftigtenanteil des öffentlichen Sektors ein weitaus besserer Gradmesser für die Wettbewerbsfähigkeit als die Staatsquote. Je geringer der Beschäftigtenanteil des öffentlichen Personals an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen ist, desto weniger fällt der staatliche Sektor auf dem Arbeitsmarkt ins Gewicht. Die Staatsquote ist weniger aussagekräftig. Denn von den Bundesausgaben sind 60 Prozent Transferausgaben, auf deren Verwendung der Bund nur sehr wenig Einfluss hat.

Trotzdem: Die Halbierung der Zahl der Angestellten auf Bundesebene kann nicht mit einer Personaleinsparung gleichgesetzt werden. Denn viele Aufgaben hat der Bund einfach auf die Kantone und die Gemeinden abgewälzt. Mit dem neuen Finanzausgleich, der kürzlich vom Stimmbürger angenommen wurde, hat sich diese Tendenz noch verstärkt. Dies ist auch der Grund, weshalb bei den Kantonen der Personalbestand in den letzten Jahren nur wenig abgenommen hat. Bei den Gemeinden wurde gar kein Personal eingespart. Und die Kantone in der Innerschweizer haben in den letzten Jahren ihren Personaletat gar massiv aufgestockt (siehe nebenstehenden Artikel).

“ **Kennst du den Unterschied zwischen einem Arbeitslosen und einem Beamten? Arbeitslose haben schon einmal gearbeitet.** ”

Pro Kopf der Bevölkerung wird im Kanton Zürich jedoch mit 6400 Franken am meisten Geld für den Staatsapparat ausgegeben. Trotzdem ist Zürich deswegen nicht verarmt. Vielmehr steht dieser Kanton punkto Wirtschaftskraft an der Spitze und kann sich das leisten.

